

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	43
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	297/2019
		GZ:	
Sitzungstermin:	06.05.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Haller-Kindler (OB-KB)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Zweiter Statusbericht zur Umsetzung der "Konzeption Kinderfreundliches Stuttgart 2015 - 2020"		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 12.04.2019, GRDRs 297/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Frau Haller-Kindler führt in das Thema ein und unterrichtet, dass vor gut zwei Jahren der erste Statusbericht im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden ist. Die Konzeption mit den Entwicklungen in den Jahren 2017 bis 2019 sei ein wichtiges Instrument mit formulierten Zielen und Handlungsempfehlungen. Der Bericht konzentriere sich auf Maßnahmen zur Umsetzung der Konzeption unter Beteiligung der Fachgruppen, der Verwaltung sowie der freien Träger. Im ersten Teil des Berichts finde sich eine knappe Zusammenfassung zu allen Handlungsempfehlungen in Form von Emojis. Hierbei handle es sich um Hinweise mit einer Einschätzung der Fachgruppen und der Kinderbeauftragten. Im Bericht selber werden die Smileys ergänzt mit einer Ampel, die auf einen Blick die Perspektive erkennen lässt. Dabei zeige die Ampel Prozesse und Maßnahmen auf, die entweder schon eingeleitet seien oder z. T. auf Gemeinderatsdrucksachen in den kommenden Haushaltsplanberatungen hinweisen. Im Juli werde der Aktionsplan "Kinderfreundliche Kommune" vorgelegt, der sich auf den Beschluss, die Kinderrechte verbindlicher umzusetzen, bezieht. Es sei beabsichtigt, konkrete Themen des Aktionsplans - vorwiegend mit negativen Emojis - mit aufzunehmen, erörtert Frau Haller-Kindler. Abschließend weist sie auf einen Fehler auf Seite 5 des Berichts im Handlungsfeld 5 hin. Sie geht auf folgenden Satz ein: "Eine Teilnahme von Kindern aus VK-Klassen ist bislang an Ganztagsgrundschulen nach § 4a Schulgesetz möglich" ..., aber faktisch nicht der Fall. Hierbei gebe es eine Lücke zwischen der Beschulung in den VK-

Klassen und der Ganztagsbeschulung. Dieser Satz sei geändert worden, allerdings in der Folge nicht in den Bericht aufgenommen worden. Auf diese Situation werde im Aktionsplan, der im Juli 2019 vorgestellt werde, eingegangen, fügt Frau Haller-Kindler hinzu.

StRin Ripsam (CDU) lobt den umfassenden Bericht und würdigt die geleistete Arbeit. Zum Handlungsfeld 1 "Sicherheit und Sauberkeit" bemängelt sie die Sauberkeit auf den Spielflächen und erkundigt sich nach einer verstärkten Kontrolle mit der Verhängung von Bußgeldern.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) sieht die Sauberkeit auf Spielflächen ebenfalls als problematisch an und meint, ein/e Mitarbeiter/in sollte sich dieser Aufgabe annehmen. Frau Haller-Kindler erörtert, die Sauberkeitsmaßnahmen, die vor zwei Jahren beschlossen worden sind, müssten zunächst greifen. Folgend stellt sie eine konkrete Maßnahme vor: Zentrale Schwerpunkt-Spielplätze werden dreimal pro Woche gereinigt. Sie habe sich sehr gefreut, dass beim Amt für öffentliche Ordnung Mitarbeiter/-innen abgestellt seien, die die Sauberkeit auf den Spielflächen kontrollieren und Verstöße dagegen ahnden. Es seien gemeinsame Aktionen mit Kindern, dem Amt für öffentliche Ordnung und dem AWS an auffälligen Orten geplant, um nachhaltig bestimmte Orte zu verbessern.

Zum Handlungsfeld 3 "Gesundheit, Sport, Bewegung und Ernährung" erkundigt sich StRin Ripsam nach der Finanzierung des Bewegungspasses, konkret nach den im Bericht genannten Drittmitteln - um welche es sich handle und wann diese entfielen. Frau Haller-Kindler beantwortet die Frage im Nachgang zu der Sitzung und teilt Folgendes mit: "Die Drittmittel in Höhe von 40.000 € für den Stuttgarter Bewegungspass kamen bisher von der Hans-Henssler-Stiftung".

Bezogen auf die Schulverpflegung interessieren StRin Ripsam die Ansätze zur Verbesserung des Schulessens, das von den Kindern "stark bemängelt" worden sei. Die Bemängelung des Schulessens sei bei der Qualitätsanalyse zum Ganzttag bereits aufgefallen, unterrichtet Frau Haller-Kindler. Die Kinder hätten sich dergestalt geäußert: Das Essen schmecke nicht, es sehe nicht gut aus, und die Zeit zum Essen sei zu knapp bemessen. Darüber hinaus bemängelten die Kinder, sie würden nicht satt werden. Mit den Kindern werde ins Gespräch gegangen, um zu eruieren, wie das Schulessen zu sein habe, damit es besser aussähe und besser schmecke. StRin Ripsam regt an, gegebenenfalls gebe es die Möglichkeit, die Kinder in den UA Essensversorgung einzuladen, damit sie live berichten können. Es sollten nicht ausschließlich Kinder, sondern auch das Personal der Essensausgabe dazu befragt werden, erklärt Frau Haller-Kindler.

Die Vorsitzende greift die Anregung auf und sagt eine Beratung im UA Essensversorgung zu. Dieser Punkt sei eines der zentralen Projekte in der Abarbeitung der Themen hinsichtlich der Qualitätsverbesserung an Ganzttagsschulen.

Mit Blick auf das Handlungsfeld 7 "Kinderbeteiligung" bezieht sich StRin Ripsam auf die Aussage: "Es gibt noch kein Online-Portal der Stadtverwaltung für Kinder". Hierbei interessieren sie die Themen und Wünsche, die hinter dieser Aussage stehen. Bisher könnten sich Kinder zu Beteiligungsprozessen nicht gut informieren, bemerkt Frau Haller-Kindler. In anderen Städten sei eher ein Zugang zur Stadtverwaltung gelungen. Ein

Vorstoß sei, den Bericht kindgerecht aufzuarbeiten und den Kindern gegenüber direkt zu kommunizieren.

Zum Handlungsfeld 8 "Schule, Kita und offene Einrichtungen" merkt StRin Ripsam zum zweiten Punkt "Die Außengelände von vielen Schulen werden von Kindern als noch verbesserungswürdig beschrieben" an, dass im Rahmen des Schulsanierungsprogramms Verbesserungen der Schulaußengelände vorgenommen werden. Hierzu bittet sie um eine Erläuterung. Bezogen auf das Schul-Außengelände, so Frau Haller-Kindler, kritisieren die Kinder fehlende Fläche zum Spielen sowie fehlendes Grün. Sie berichtet von einer guten Kinderbeteiligung bei der Schulsanierung.

StRin Nuber-Schöllhammer stellt fest, die Stadt Stuttgart befinde sich bei der Umsetzung der Konzeption "Kinderfreundliches Stuttgart" auf einem guten Weg. Allerdings müsse sich in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Kinderfreundlichkeit etwas ändern.

Das Handlungsfeld 5 "Armut, Teilhabe und Chancengerechtigkeit" bezeichnet diese Stadträtin als übergeordnetes Thema. Die Kinder, die unter Kinderarmut litten, müssten dezidiert in den Blick genommen werden.

Zum Handlungsfeld 2 "Umwelt und Natur" erörtert StRin Nuber-Schöllhammer, trotz des Ganztags schulbesuchs müssten Kinder die Natur erleben mit entsprechender Naturerfahrung. Frau Haller-Kindler kündigt einen Vorschlag an, wie das Thema verstärkt werden könnte. Hierzu werde es eine Vorlage geben.

Zu der Maßnahme "Schwimmfit - sicher schwimmen in Stuttgart" berichtet StRin Nuber-Schöllhammer von negativen Rückmeldungen, die sie vonseiten der Bevölkerung erhalten habe. Bei diesem Programm herrschten große Mängel hinsichtlich der langen Wege, aufgrund geschlossener Schwimmbäder sowie angesichts der knappen Schwimmzeiten vor. Frau Haller-Kindler informiert über Abfragen durch das Amt für Sport und Bewegung und unterrichtet über ein Mehrangebot an Kursen im Vergleich zur Vergangenheit.

Im weiteren Verlauf bemängelt StRin Nuber-Schöllhammer fehlende inklusive Spielgeräte auf den Spielplätzen. Für die beeinträchtigten Kinder sollten entsprechende Spielgeräte aufgestellt werden. An dieser Aufgabe werde gemeinsam mit Frau Fischer (SI-BB) gearbeitet, informiert Frau Haller-Kindler. Im Rahmen des Aktionsplans und des Inklusionspakets werden Vorschläge erarbeitet.

StRin Vowinkel (SPD) schließt sich ihren Vorrednerinnen in den Äußerungen zu den genannten Handlungsfeldern an und bemerkt zum Handlungsfeld Armut den Verweis auf die Armutskonferenz. Der Fokus könne bei dem Thema Armut nicht gänzlich auf die Kinder gelegt werden, da häufig arme Kinder auch arme Eltern hätten. Die übrigen Komponenten, wie die Situation von Alleinerziehenden, sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Bezug nehmend auf den Sozialdatenatlas böte sich bereits eine Orientierung, in welchen Stadtgebieten Teilhabe erschwert sei. Die Stadträtin äußert, sie vermisse eine Stadtteilkarte, wo erkenntlich werde, in welchen Arealen Handlungsempfehlungen bereits umgesetzt worden seien. Frau Haller-Kindler macht auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen/-innen des Sozialdatenatlas aufmerksam. Eine Abbildung der Ergebnisse sieht sie als schwierig an. StRin Vowinkel erläutert erneut ihre Vorstellung, die von Frau Haller-Kindler aufgegriffen wird.

Zum Handlungsfeld 7 "Kinderbeteiligung" erkundigt sich StRin Vowinkel nach der Beteiligung von Kindern am vorliegenden Bericht sowie nach der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Darüber hinaus regt sie analog zum Jugendrat einen Kinderrat an. Frau Haller-Kindler informiert über einen Kinderbeirat in Nürnberg, der als Unterausschuss tagt. In diesem Ausschuss seien allerdings Erwachsene vertreten, die speziell die Situation der Kinder ins Visier nähmen. Die Schwierigkeit sei, den Inhalten, die in den Sitzungen beraten werden, den Kindern zugänglich zu machen. Im Aktionsplan werde ein Vorschlag für eine stadtweite Kinderbeteiligung aufgenommen, was sie sehr begrüßt. Diesem Thema werde sie sich verstärkt widmen, ergänzt Frau Haller-Kindler.

Für StRin von Stein (FW) ist es auffallend, dass bei der Umsetzung der Punkte mit negativen Emojis das Personal fehle. Beispielhaft nennt sie fehlende Integrationskräfte, damit die Rahmenbedingungen der Kinder mit Behinderung verbessert werden können.

Im Namen der Träger bedankt sich Herr Meier für den zweiten Bericht. Für Herrn Meier stellt sich der Bericht als Bestandsaufnahme mit der Aufgabe dar, Maßnahmen aufzugreifen sowie diese zu verbessern. Er betont die gute Zusammenarbeit mit den Trägern, damit die einzelnen Ziele der genannten Handlungsfelder gut umgesetzt werden. Die vielseitigen Angebote und Maßnahmen der Jugendhäuser und anderer Institutionen, wie sie Herr Meier genannt habe, schlagen sich im Bericht nicht nieder, bestätigt Frau Haller-Kindler. Für den Abschlussbericht, der in zwei Jahren vorliegen werde, könne sich gemeinsam mit den Trägern überlegt werden, welche Themen aufgenommen werden.

Abschließend bedankt sich Frau Haller-Kindler für die positiven Rückmeldungen sowie die kritischen Nachfragen. Darüber hinaus spricht sie ihren Dank gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der freien Träger aus. In Abarbeitung der Ergebnisse der Qualitätsanalyse Ganztagschulen, so die Vorsitzende, werde es eine haushaltsrelevante Mitteilungsvorlage "Natur im Ganztage" sowie "Kultur im Ganztage" geben. Die Partizipation von Kindern sei eines der zentralen Themen bei der Qualitätsanalyse Ganztagschule sowie bei der Bearbeitung der Erkenntnisse. Die Bearbeitung der Ergebnisse der Qualitätsanalyse bestehe nicht ausschließlich darin, dass Vorlagen erstellt werden; nachdem die Verwaltung in einen Dialog mit den Schulen eingetreten sei, hätten diese sofort reagiert und Missstände - soweit möglich - behoben.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 297/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. OB-KB
zur Weiterbehandlung
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Kulturamt (2)
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
SOS/KKP
 5. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
JB-BiP
 6. Referat SI
SI-BB
Sozialamt (2)
Gesundheitsamt (2)
 7. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 8. Referat T
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
AWS (2)
 9. BVinnen Mitte, Nord, Ost, BV Süd, West
 10. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 11. Rechnungsprüfungsamt
 12. L/OB-K
 13. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR